

„Mehr Demokratie“ zieht Wahl-Bilanz

Verein kritisiert Mandatzuteilung

VON JUSTUS RANDT

Bremen. Der Verein Mehr Demokratie hat die Ergebnisse der Bürgerschaftswahl 2019 analysiert. „Der Einfluss der Personenstimmen geht deutlich zurück“, sagte Vereinsgeschäftsführer Tim Weber bei der Vorstellung im Bürgerhaus Weserterrassen am Donnerstag. „Beim Vorschlag von Mehr Demokratie, bei dem die Personenstimmen den Ausschlag gegeben hätten, wäre der Einfluss der Personenstimmen gegenüber 2015 noch mal leicht gestiegen.“

Das Fazit steht ganz im Zeichen des Was-wäre-wenn-Vergleichs. Mit dem Vorschlag ist das gescheiterte Volksbegehren von Mehr Demokratie gemeint. Darin wurde gefordert, dass nur noch die direkt an die Kandidaten vergebenen Wählerstimmen über den Einzug in die Bürgerschaft entscheiden sollten. Die Mandatzuteilung sollte so funktionieren, dass erst alle auf eine Parteienliste entfallenden Stimmen addiert und in gleichem Maß auf alle ihre Kandidaten verteilt werden sollten. Mit dem Volksbegehren hatte der Verein auf eine im Februar 2018 von der Bürgerschaft beschlossene Wahlrechtsänderung reagiert, die den Effekt hat, dass Kandidaten auf hinteren Listenplätzen es schwerer haben, mit den erlangten Personenstimmen ein Mandat zu erhalten.

Genau dies sei nun eingetreten: „Nur noch sieben Kandidierende schafften dank ihrer Personenstimmen den Sprung von einem hinteren Listenplatz nach vorne. 2015 waren es noch 22, nach dem Mehr-Demokratie-Vorschlag von 2018 wären es 25 gewesen.“ Als Beispiel führen Tim Weber und Katrin Tober, Vertrauensperson des Volksbegehrens „Mehr Demokratie beim Wählen“, den Bürgerschaftsabgeordneten (und ehemaligen Fraktionsvorsitzenden) der SPD, Björn Tschöpe, an. Der hatte auf dem sicheren zehnten Listenplatz mit 1344 Personenstimmen (0,75 Prozent) Einzug ins Parlament gehalten. „Hätte er nicht vorne auf der Liste gestanden, wäre er nicht in der Bürgerschaft“, sagt Weber. Aber es gibt ein anschauliches Gegenbeispiel: Kai Wargalla, von den Grünen als 14. auf der Liste platziert, erhielt 4363 Personenstimmen (5,82 Prozent) und damit ein Mandat.

Bekanntheit zählt

Dass dieser Effekt „nicht im großen Stil“ eingetreten ist, räumt auch Andreas Klein ein. Der Direktor des Zentrums für Arbeit und Politik der Universität Bremen. Er vermutet ohnehin, dass die Listenplatzierung überschätzt werde. „Carsten Sieling zum Beispiel wäre auch gewählt worden, wenn er weiter hinten auf der Liste gestanden hätte, weil er bekannt ist.“ Letztlich sei die Gestaltung des Wahlzettels „ein organisatorisches Thema“, sagt der Politikwissenschaftler. „Ob Hoch- oder Querformat, irgendwer steht immer oben.“ Aus der Sicht von Mehr Demokratie aber hat der Bürgerschaftsbeschluss von Anfang 2018 „das Wahlrecht nachhaltig beschädigt“.

Die politische Debatte ums Wahlrecht nach dem Scheitern des Volksbegehrens sei zwar „augenscheinlich beendet“, sagt Tim Weber. „Aber wir denken schon“, ergänzt Katrin Tober, „dass die Parteien sich das noch mal angucken sollten, ob die Reform gerechtfertigt war.“

Unmut beim Landessportbund

Bremen. Bei den Koalitionsverhandlungen sei zwar über mehr Geld für die Kultur gesprochen worden – über mehr Unterstützung des organisierten Sports aber offenbar nicht, moniert der Landessportbund (LSB) Bremen. „Dabei ist der Sporthaushalt seit Jahrzehnten der kleinste im gesamten bremischen Haushalt und muss dringend verdoppelt werden“, fordert LSB-Präsident Andreas Vroom. Sein Verband frage sich jetzt, welchen Stellenwert der Sport in der kommenden Legislaturperiode einnehmen solle. Laut Vroom wurde die sportliche Infrastruktur „über Jahre kaputtgespart“. Der Sanierungsstau sei immens – bei Bädern, Turnhallen, Umkleieräumen, Kunst-rasenplätzen oder Laufbahnen. Die Politik müsse dringend den Leistungs- und Breitensport fördern. So warteten die Vereine schon lange auf eine Erhöhung der Energiekostenzuschüsse für ihre Sportanlagen. EHO

LOTTOQUOTEN

Lotto am Mittwoch: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot 25 881 100,70 Euro; Klasse 2: 1 000 925,80 Euro; Klasse 3: 10 879,60 Euro; Klasse 4: 3404,50 Euro; Klasse 5: 207,40 Euro; Klasse 6: 48,90 Euro; Klasse 7: 21,40 Euro; Klasse 8: 11,50 Euro; Klasse 9: 5,00 Euro.

„Spiel 77“ am Mittwoch: Klasse 1 „Super 7“: unbesetzt, Jackpot 389 913,80 Euro; Klasse 2: 7777 Euro; Klasse 3: 777 Euro; Klasse 4: 77 Euro; Klasse 5: 7 Euro; Klasse 6: 17 Euro; Klasse 7: 5 Euro. „Super 6“ am Mittwoch: Klasse 1: 100 000 Euro; Klasse 2: 6666 Euro; Klasse 3: 666 Euro; Klasse 4: 66 Euro; Klasse 5: 6 Euro; Klasse 6: 2,50 Euro (ohne Gewähr).

VON SABINE DOLL

Bremen. Die Polizei Bremen rüstet ab sofort mit einer eigenen Kontrollgruppe gegen Raser und sogenannte Poser auf. Mit Posing ist lautes Aufheulenlassen des Motors, schnelles Beschleunigen, plötzliches Abbremsen und lärmendes Hin- und Herfahren gemeint. „Die Spezialkräfte werden an mehreren Tagen in der Woche in zivilen Streifenwagen im Einsatz sein“, sagt Polizeisprecher Nils Matthiesen. Ziel sei die Bekämpfung aggressiver Verhaltensweisen im Straßenverkehr. „Ein Schwerpunkt sind illegale Autorennen, die unter anderem mit Freiheitsstrafen zwischen zwei und zehn Jahren bestraft werden können.“

Die Fraktion der Grünen hatte die Einrichtung einer solchen Kontrollgruppe nach dem Vorbild anderer Großstädte mehrfach gefordert, war aber bislang am Koalitionspartner SPD gescheitert.

Die Spezialisten sollen im gesamten Bremer Stadtgebiet unterwegs sein und dabei auch Beschwerden und Hinweise aus der Bevölkerung berücksichtigen, die erfahrungsgemäß

„Geschwindigkeit ist eine der Hauptursachen bei Unfällen.“

Nils Matthiesen, Polizeisprecher

im Sommer zunehmen. Wie viele Beamte der neu eingerichteten Spezialtruppe angehören, dazu will sich die Polizei laut Matthiesen aus taktischen Gründen nicht äußern. „Die Einsatzkräfte kommen aus dem Bereich der Verkehrspolizei, das wird eine variable Gruppe sein“, so der Sprecher. Auch die Anzahl der zivilen Einsatzfahrzeuge werde aus diesen Gründen nicht genannt. Ende September soll es eine erste Auswertung geben.

Anlass für die Einrichtung der Kontrollgruppe sei unter anderem der Anstieg der Verkehrsunfälle in Bremen. „Die Statistik zeigt, dass Geschwindigkeit und Ablenkung, etwa durch die Nutzung von Handys am Steuer, zu den Hauptunfallursachen gehören. Da müssen wir ran“, betont Matthiesen. Im Frühjahr gab es mehrere illegale Autorennen in Bremen – unter anderem auf der Bürgermeister-Smidt-Straße, der Neuenlander Straße und auf der B75 in Richtung Delmenhorst, wo die Fahrer nach Angaben der Polizei zwischenzeitlich mit einer Geschwindigkeit von mehr als 160 Stundenkilometern unterwegs waren.

Außerdem in diesem Jahr hätten Einsatzkräfte neun Strafverfahren wegen verbotener Rennen eingeleitet und dabei Autos, Fahrzeug-



Immer mehr Großstädte, wie etwa Frankfurt am Main, rüsten mit Polizei-Kontrollgruppen gegen Raser und Poser auf.

FOTO: BORIS ROESSLER/DPA

schlüssel und Führerscheine sichergestellt. 2018 wurden laut Matthiesen sechs Strafverfahren eingeleitet. „Wenn die Täterschaft nachgewiesen werden kann, wird Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt oder mit einer Anklage reagiert. Die Staatsanwaltschaft verfolgt dies mit Nachdruck, es handelt sich nicht um ein Kavaliärsdelikt“, sagt Frank Passade, Sprecher der Staatsanwaltschaft. Für die Täter bedeute das eine Geld- oder Freiheitsstrafe. Die Verfahren würden teilweise noch laufen, könne ein Täter nicht ermittelt werden, werde das Verfahren eingestellt.

Immer mehr Großstädte rüsten vor allem auch gegen sogenannte Poser auf, die ihre

Fahrzeuge häufig illegal technisch manipulieren und oft auch zu schnell unterwegs sind. In Hamburg gibt es seit September 2017 eine Kontrollgruppe Autoposing: Die Beamten sind speziell geschult und mit Lärmmessgeräten ausgerüstet, sodass sie illegale Manipulationen feststellen und die Fahrzeuge an Ort und Stelle stilllegen sowie abschleppen lassen können. Seit ihrer Gründung haben die Polizeibeamten – Stand April 2019 – fast 4700 Fahrzeuge kontrolliert, bestätigt ein Sprecher der Polizei Hamburg. Bei mehr als 1300 Fahrzeugen sei die Betriebserlaubnis erloschen gewesen, mehr als 550 Autos wurden wegen unerlaubter technischer Veränderungen sicher-

gestellt, gut 400 Lärmverstöße registriert. Die Beamten nahmen fast 250 Strafanzeigen auf.

Nach Angaben der Polizei Bremen gibt es seit 2017 ein Konzept gegen Raser und Poser, Beamte seien unter anderem technisch geschult. Typische Verstöße wie etwa lautstarke Beschleunigen oder kurzzeitige Geschwindigkeitsüberschreitungen würden mit Platzverweisen und Bußgeldern geahndet. „Dieses Konzept wird jetzt mit der neuen Kontrollgruppe ausgeweitet“, sagt der Bremer Polizeisprecher. „Um Lärmverstöße vor Ort beweisicher festzustellen, werden künftig bei den Kontrollen auch Schallpegelmessgeräte eingesetzt.“

Opposition kritisiert Absage an Libeskind-Pläne

Architektenkammer hingegen begrüßt jüngste Entwicklung

VON NORBERT HOLST

Bremen. Möglichst wenig drüber sprechen. Die Hauptakteure versuchen, den neuen Wirbel um die Pläne von Stararchitekt Daniel Libeskind für das Sparkassen-Areal am Brill zu begrenzen. Die Opposition dagegen wittert die Chance, Rot-Grün-Rot mit ihrer Kritik am Entwurf vorzuführen. So soll die Bruttogeschossfläche von 79 000 auf etwa 40 000 Quadratmeter gestutzt werden, entsprechend würden die vier Türme schrumpfen. Das gut 250 Millionen Euro teure Prestigeobjekt der Brüder Pinchas und Samuel Schapira steht damit auf tönernen Füßen.

„Nachdem sich der Senat vor einigen Monaten noch allzu gern im Ruhm von Libeskind und den Schapira-Brüdern gesonnt hat, ist die aktuelle Rolle rückwärts Ausdruck für die eigene Plan- und Visionlosigkeit“, sagt CDU-Fraktionschef Thomas Röwekamp. Andere Städte hätten gezeigt, dass „außergewöhnliche Architektur

auch Attraktion und Sinnbild für einen Aufbruch sein kann“. Letztlich werde das „unprofessionelle Verhalten“ nur dazu führen, Libeskind und die Schapiras zu verschrecken, prognostiziert Röwekamp.

Die FDP stellt sich klar hinter Libeskind. „Wir sprechen uns für die Umsetzung seiner Pläne aus“, sagt Thore Schäck, baupolitischer Sprecher der Fraktion. „Als wachsende Stadt mit begrenzter Fläche wird Bremen in die Höhe bauen müssen“, argumentiert er. „Ein spannender Entwurf wird mit einem Federstrich als zu groß und ambitioniert vom Tisch gewischt.“

Das sieht die Architektenkammer Bremen etwas anders. „Wir begrüßen die neue Entwicklung“, sagt Geschäftsführer Tim Beerens. Kammerpräsident Oliver Platz hatte erst vor zwei Wochen in einem Vortrag beim Bremer Zentrum für Baukultur nicht mit Kritik gespart. So findet Platz es „schwierig“, dass die

in einem städtebaulichen Wettbewerb erarbeitete Nutzung des Grundstücks im Libeskind-Entwurf klar überschritten wird. Rot-Grün-Rot will nun die Rolle rückwärts: Die ursprünglich vorgesehene 40 000-Quadratmeter-Fläche soll jetzt wieder Maßstab sein.

In seinem Vortrag hatte Platz auch den Ruf nach „Stararchitektur“ kritisiert. Für eine vernünftige Entwicklung der Städte brauche es die Ideenkonkurrenz in einem Wettbewerb, die im Falle Libeskind gefehlt habe. Auch zum Bauvolumen äußerte sich der Präsident. „Wenn es klappt, der Stadt und der Stadtgesellschaft die deutlich höhere Ausnutzung abzurufen, ist das Geschäft erfolgreich. Wenn nicht, gibt man das Grundstück zurück und der, der so hoch gepokert hat, hat nichts verloren.“

Tatsächlich können die beiden Brüder bis Ende 2020 vom Kauf zurücktreten. Zur jüngsten Entwicklung will sich die Sparkasse nicht äußern: „Dies ist in erster Linie Sache des Investors. Wenn die neuen politischen Verantwortlichen in Amt und Würden sind, werden die bisher konstruktiven Gespräche sicherlich fortgeführt werden“, heißt es in einer Mail zu mehreren Fragen des WESER-KURIER.

Auch das Ressort von Bausenator Joachim Lohse (Grüne) mag die Entwicklung nicht kommentieren. „Wir äußern uns nicht dazu, was sich die möglichen Koalitionäre für Gedanken machen“, sagt Sprecher Jens Tittmann. Nach seinen Angaben gab es seit der Vorstellung von Libeskind Plänen im Februar lediglich ein Gespräch mit Vertretern der Dortmunder Projektierungsgesellschaft Assmann. Ihnen sei gesagt worden, dass es eine umfassende Bürgerbeteiligung geben werde. Auch über Bauvolumen und Höhen sollte noch gesprochen werden. Das Ressort lag mit seinen Vorstellungen offenbar gar nicht so weit weg von dem, was Rot-Grün-Rot nun beschlossen hat.



Oliver Platz
FOTO: KLAMA

Schon wieder Hitzeschäden auf der Autobahnbrücke

A1-Teilsperre für die Nacht auf Sonnabend angekündigt

VON FRANK HETHEY

Bremen. Schon wieder Hitzeschäden auf der Weserbrücke der A1: Erst vor knapp einem Jahr musste die Brücke in Fahrtrichtung Osnabrück zweimal teilweise gesperrt werden, nun wiederholt sich das Szenario. Durch die hohen Temperaturen am Dienstag ist der Asphalt geschmolzen, bei mehr als 100 Grad auf der Straßenoberfläche haben schwere Fahrzeuge tiefe Spurrinnen hinterlassen. Bereits am Donnerstagnachmittag wurde eine Fahrspur gesperrt, in der Nacht von Freitag auf Sonnabend soll der Schaden behoben werden. Von 22 bis etwa 5 Uhr wird der Verkehr laut Martin Stellmann, Sprecher des Amts für Straßen und Verkehr (ASV), auf nur noch einer Spur an der Baustelle vorbeigeführt.

Am frühen Donnerstagmorgen hatten Mitarbeiter des ASV die hitzebedingten Schäden auf der Autobahnbrücke vermessen. Bei der Auswertung ergab sich sofortiger Handlungsbedarf. „Es geht allein um die Verkehrssicherheit“, betont Stellmann, die Tragfähigkeit der Brücke sei nicht eingeschränkt. Für Autos oder Lastwagen seien die Spurrinnen weitgehend unproblematisch. „Aber wir dürfen die Motorradfahrer nicht vergessen, die Brücke muss für alle Verkehrsteilnehmer sicher sein.“

Eine kurzfristig engagierte Straßenbau-firma wird die entstandenen Wülste wegräumen, die übliche Vorgehensweise bei der Beseitigung von Spurrinnen. „Wenn das erfolgreich ist, war’s das erst mal“, sagt Stellmann. Gleichwohl müsse man ehrlich sein, bei neuerlichen Rekordtemperaturen will Stellmann weitere Schäden nicht ausschließen. „Es gibt eine Wahrscheinlichkeit, dass wir noch mal ran müssen.“ Und dann sei mit einem größeren Umfang der Arbeiten zu rechnen. So wie im vergangenen Jahr, als die Asphaltdecke erneuert werden musste.

Skeptisch sieht der Bremer ADAC den Fall. „Theoretisch sollte es heutzutage nicht mehr passieren, dass irgendwas verbaut wird, was nach einem Jahr nicht mehr funktioniert“, sagt ADAC-Pressesprecher Nils Linge. Zwar gebe es Schäden, die sich nicht vermeiden ließen. Doch eigentlich müsse eine frisch sanierte Autobahn die Hitze aushalten. Treten dennoch Probleme auf, könne das auch an dem verbaute Material liegen. „Das ist eine Frage der Qualität, der Stand der Technik ist sicher so weit.“ Vernachlässigte Pflegearbeiten verschärfen laut Linge die Situation. „Viele Autobahnbrücken sind marode, weil über viele Jahre verpasst wurde, regelmäßig daran zu arbeiten.“

Einen direkten Zusammenhang mit der Erderwärmung konstatiert die FDP. „Wir fordern, dass bei der Planung und Sanierung von Verkehrswegen der Klimawandel und steigende Temperaturen besser berücksichtigt werden“, sagt der Bürgerschaftsabgeordnete Magnus Buhlert. „Die Konsequenzen tragen jetzt die zahlreichen Pendler, die auf funktionierende Straßen angewiesen sind.“ Leichte Ungeduld ist auch bei der CDU herauszuhören. „Ich hoffe, dass sie irgendwann mal den Dreh hinkriegen“, sagt ihr verkehrspolitischer Sprecher Heiko Strohmann. Heiße Sommer seien auch in Zukunft öfter zu erwarten.

Den häufig erhobenen Einwand, in südlichen Ländern gebe es doch auch keine Hitzeschäden auf den Straßen, will Stellmann nicht gelten lassen. „Dort kann man auch anders bauen als in Deutschland, da gibt es keinen Winter, damit auch keinen Frost und kein Tauwetter.“ Eine besondere Problematik gebe es bei Brückenasphalt. Um zu verhindern, dass Tausalz in die tragende Brückenkonstruktion eindringt, müsse Gussasphalt verwendet werden. Ein ausreichend stabiler Baustoff ist laut Stellmann aber bis jetzt nicht gefunden worden. „Wir experimentieren noch mit mehreren Mixturen.“



Martin Stellmann
FOTO: KOCH